

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1928

19 (23.1.1928)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“
Die Musikende / Sport und Spiel / Reimat und Wandern
Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen — Frauenclub

Bezugpreis monatlich 2.30 Mark o. ohne Zustellung 2 Mark o. Durch die Post 2.40 Mark o. Einzelpreis 10 Pfennig o. Erscheint 6 mal wöchentlich
vermittels 11 Uhr o. Postfach 2000 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Verlagsschreibstube: Karlsruhe, Waldstraße 22; Baden-Baden, Friedrichstraße 26; Rastatt, Friedrichstraße; Offenburg, Cengstraße 23

Bezugpreis monatlich 2.30 Mark o. ohne Zustellung 2 Mark o. Durch die Post 2.40 Mark o. Einzelpreis 10 Pfennig o. Erscheint 6 mal wöchentlich
vermittels 11 Uhr o. Postfach 2000 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Verlagsschreibstube: Karlsruhe, Waldstraße 22; Baden-Baden, Friedrichstraße 26; Rastatt, Friedrichstraße; Offenburg, Cengstraße 23

Nummer 19 Karlsruhe / Montag, den 23. Januar 1928 48. Jahrgang

Amtsantritt General Gröners

Berlin, 21. Jan. Der Uebertrager im Reichswehrministerium ist, wie den Blättern mitgeteilt wird, gestern in Gegenwart des stellvertretenden Reichswehrministers a. D. General Gröner übernahm sein Amt mit einer Ansprache. Hierbei betonte er, dass er als dienstältester Offizier eine Rede auf den abtretenden Reichswehrminister.

Unter der Ueberschrift „Unttragbar“ nimmt das bayerische Augenblatt in schärfster Weise Stellung gegen die Ernennung Gröners zum Reichswehrminister. Das Blatt zitiert aus den Erinnerungen des ehemaligen Kronprinzen Wilhelm (1922) jenen angeblichen Ausspruch Gröners in Spa gegenüber dem Grafen Schulenburg: „Fahnenred? Kriegsber? Das sind schließlich Worte, das ist am Ende bloß eine Idee“, und dann schreibt das Blatt: „Ein Mann, der in ernster Stunde Deutschlands so über den Fahnenred gesprochen hat, ist uns an der Spitze der deutschen Reichswehr untragbar. Ein zweites Spa bereitet sich vor, wer wird das Opfer sein? Die Deutschen haben die Pflicht, wie die alten und besten Konföderationen, in treuester Disziplin dem Reichspräsidenten immer wieder ausdrücklich zu erklären, daß eine Ernennung, die von der Entente und von links gefordert wird, zum Schaden der Reichswehr auszusprechen muß. Es müßte ein Freikorps von Hindenburg-Banntruppen das Obr des Reichspräsidenten erweichen.“

Der neue Reichswehrminister

Nach am Donnerstag vormittag haben die Deutschnationalen und die Volksparteier versucht, die Ernennung des Herrn Gröner zum Reichswehrminister zu hintertreiben. Es gelang ihnen nicht und die deutschnationale Abendpresse mußte, da mittags die Ernennung erfolgte, einschweifen. Herr Hindenburg hielt zur allgemeinen Uebertragung an dem Geklerischen Vorschlag, Herrn Gröner zu seinem Nachfolger zu bestimmen, fest. In den Wandelgängen des Reichstags erzählte man, daß Herr Hindenburg die deutschnationalen Beeinflussungsversuche mit der sehr boshafte Bemerkung abgelehnt habe, die Deutschnationalen propagierten stets, die Stellung des Reichspräsidenten solle gegenüber den Parteien und gegenüber dem Parlament erhöht werden und nun, wo er die Entscheidung selbst fällen wolle, verjage man ihn in den Arm zu fallen. Und in der Tat: Herr v. Hindenburg hat sich den Teufel um den Bürgerblock und seine Wünsche gefehert. Auch ein Erfolg des Bürgerblocks. Und Herr v. Hindenburg wird sich diesen ersten Fall merken, wo er, ohne um die parlamentarische Mehrheit sich zu kümmern, nach eigenem Ermessen gehandelt hat.

Der Hofschi der Verbannten

Berlin, 21. Jan. Die Verbannten der Gruppe Trotski vor der Verbannung einen Aufzug an die kommunistische Internationale beschloßen, der in Rußland verbreitet werden darf. Jedoch ist es dem Vorstande gelungen, ihn über die Grenze zu schaffen und der europäischen Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen. Nach einer Verkündung der G.P.D. werden wir alten Bolschewiken Parteiarbeiter in die entferntesten Gebiete der Welt verschickt, ohne daß irgendwelche Anklagen erhoben werden mit dem einzigen Zweck, die Verbindung mit Moskau und anderen Arbeiterzentren, solange mit dem 6. Kongreß, zu unterbinden. Wir halten es daher für notwendig, am Vorabend unserer erzwungenen Abreise die entferntesten Teile unserer Union und mit der gegenwärtigen Erklärung an das Präsidium des Exekutivkomitees der Komintern zu wenden mit der Bitte, unseren Brief sofort zur Kenntnis des Zentralkomitees aller kommunistischen Parteien zu bringen. Wir ersuchen uns unserer Umhüllungen wegen, bereits bereits erklärt und wiederholen hier, daß wir auf keinen Wunsch wegen unserer Plattform und unserer Taten nicht verzichten können. Wir unterwerfen uns der Gewalt und verlassenen die Stellen unserer Parteiarbeit gegen eine strenge Verbannung. Wir wünschen beim 6. Kongreß der kommunistischen Internationale die Federahme in die Partei.

Dr. Wirth bei Poincaré

Paris, 21. Jan. (Via. Bericht.) Der ehemalige Reichskanzler Wirth wurde am Samstag vom Ministerpräsidenten Poincaré empfangen. Die Unterredung war von längerer Dauer, wobei die schwebenden politischen Fragen in der Form eines persönlichen Meinungsaustausches behandelt wurden. Die ungewöhnlich herzliche Aufnahme, die die französischen offiziellen Kreise dem ehemaligen Reichskanzler bereitet haben, ist ein erfreuliches Symptom für den Fortschritt, den die deutsch-französische Annäherung in der letzten Zeit gemacht hat.

Alle Parteien gegen das Kriegsschadenschlußgesetz

Berlin, 21. Jan. Im Reichstagsausschuß für Entschädigungsgesetze wurde heute die Generalansprache über das Kriegsschadenschlußgesetz beendet. Die letzten Redner Udo Bayersdorfer von der Bayerischen Volkspartei und Abg. Solzamer von der Wirtschaftlichen Vereinigung erklärten in Uebereinstimmung mit allen vorhergehenden Rednern, daß die Regierungsvorlage ganz anzurechnend sei und nicht als Schlußgesetz gelten könne. Die Geschädigten müßten vielmehr die Möglichkeit behalten, bei günstigerer Finanzlage des Reiches angemessener entschädigt zu werden. Am Dienstag wird sich die Regierung zu den Bedenken der Redner im Ausschuß äußern.

Das Urteil im Wettiner Landfriedensbruchprozess

Wettin, 21. Jan. Das halleische Schwurgericht fällt heute nach langwieriger Verhandlung das Urteil gegen 16 Rote Frontkämpfer, die wegen schweren Landfriedensbruchs, begangen am 3. Juli 1927 in Wettin, bei einem Zusammenstoß mit der Technischen Notwehr, zu verantworten hatten. 13 der Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von 3 Monaten bis zu 1 Jahr 9 Monaten verurteilt, drei mußten freigesprochen werden.

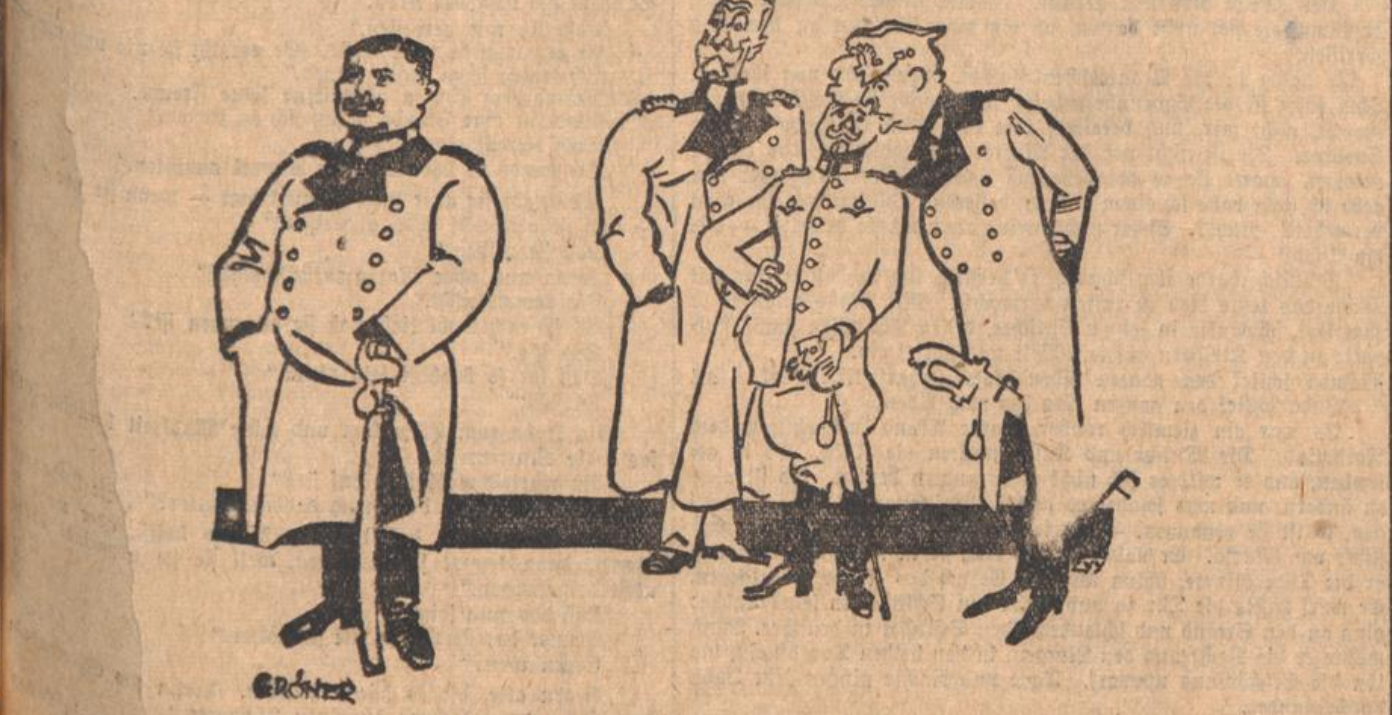
54 000 Metallarbeiter ausgesperrt

Wageningen, 23. Jan. (Fund. Bericht.) Mit der am Samstag von den mitteldeutschen Metallindustriellen beschlossenen Aussperrung in der Metallindustrie soll am Dienstag begonnen werden. In Frage kommen rund 54 000 Arbeiter.

Das Bier als Wahlparole

Miami (Florida), 21. Jan. Der Vorsitzende des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, Green, erklärte, die organisierte Arbeiterpartei würde die beiden politischen Hauptparteien auffordern, im Programm ihres Wahlkampfes dafür einzutreten, daß die Herstellung des Bieres mit 1,75 Prozent Alkoholgehalt gesetzlich zugelassen werde.

Der neue Wehrminister.



„Ein Hoflege? Mei Spinne, der kommt unsere Schiffe!“

Herr Gröner tritt eine Erbschaft an, um die er in mancher Beziehung nicht zu beneiden ist. Und will er nicht, wie es in letzter Zeit bei Herrn Gekler der Fall war, ein Spielzeug in den Händen der Offiziere sein, wird er frätzig dazwischen fahren müssen. Vor allem im Marineoffizierskorps, das an reaktionärer Gesinnung und höchster militärischer Anmaßung das Offizierskorps der Armee erheblich übertrifft. Das Gerücht kann der Wahrheit nahekommen, daß im Offizierskorps der Reichswehr eine starke Strömung gegen die anwachsende Ueberheblichkeit der Marineoffiziere vorhanden ist. Da aber wohl das gesamte Offizierskorps gegen die Ernennung eines ehemaligen aktiven Offiziers zum Wehrminister ist, kann Herr Gröner darauf rechnen, wenig sympathisch in der Benderstraße begrüßt zu werden. Herr Gröner wird gut tun, sich darauf einzurichten, daß er im Reichstage von der Linken aus auf scharfen Kampf zu rechnen hat, wenn er weder durchgreift noch Reformen geneigt sein sollte. Vor allem ist es seine Aufgabe, die gesamte Reichswehr zu reiflos korrektem Verhalten gegenüber dem neuen Staate und seinen Symbolen zu zwingen. Und darüber hinaus drängen, soll nicht zwischen der Wehrmacht und dem republikanischen Teil des deutschen Volkes die jetzt schon bestehende Kluft unheilvoll sich breiter und tiefer gestalten, wirklich ernsthafte Reformen.

Herr Gröner, der allgemein als ein besonders tüchtiger fähiger Offizier gilt, hat schon Beweise dafür gegeben, daß er rücksichtslos aufpassen kann, nämlich gegen hungernde und aus dem Hunger heraus streikende Arbeiter. Im Frühjahr 1917, mitten in der Arbeit zur Vollendung des sogenannten Hindenburgprogramms, tam es in Berlin und in einigen anderen Orten zu Hungerstreiks. Da ließ Herr Gröner, damals Chef des Kriegsamts, einen Befehl ausschlagen, der diese „freundliche“ Stelle enthielt:

„Wer maat es, dem Ruf Hindenburgs zu trotzen? Ein Sundsott, der freikt, wenn unsere Söhne an der Front stehen. Hiermit ordne ich an...“

Diese Art, mit hungernden Arbeitern umzuspringen, hat damals sehr böses Blut gemacht und den oppositionellen Strömungen reichlich Wasser auf die Mühlen geliefert. Als am 4. Mai 1917 Genosse Schöpflin in einer Militärrede den Grönerschen Aufruf kritisch behandelte und Herrn Gröner sagte, daß man erheblich geschicktere und geschicktere

Fortsetzung der Debatte im Reichstag

Berlin, 21. Dezember. (Eig. Bericht.)

Der Reichstag verabschiedete am Samstag zuerst ohne Ausrede in allen drei Lesungen die Verlängerung des Reichsfinanzgesetzes...

Der Reichstag verabschiedete am Samstag zuerst ohne Ausrede in allen drei Lesungen die Verlängerung des Reichsfinanzgesetzes...

Der Reichstag verabschiedete am Samstag zuerst ohne Ausrede in allen drei Lesungen die Verlängerung des Reichsfinanzgesetzes...

Der Reichstag verabschiedete am Samstag zuerst ohne Ausrede in allen drei Lesungen die Verlängerung des Reichsfinanzgesetzes...

Der Reichstag verabschiedete am Samstag zuerst ohne Ausrede in allen drei Lesungen die Verlängerung des Reichsfinanzgesetzes...

Der Reichstag verabschiedete am Samstag zuerst ohne Ausrede in allen drei Lesungen die Verlängerung des Reichsfinanzgesetzes...

Der Reichstag verabschiedete am Samstag zuerst ohne Ausrede in allen drei Lesungen die Verlängerung des Reichsfinanzgesetzes...

Der Reichstag verabschiedete am Samstag zuerst ohne Ausrede in allen drei Lesungen die Verlängerung des Reichsfinanzgesetzes...

Der Reichstag verabschiedete am Samstag zuerst ohne Ausrede in allen drei Lesungen die Verlängerung des Reichsfinanzgesetzes...

Der Reichstag verabschiedete am Samstag zuerst ohne Ausrede in allen drei Lesungen die Verlängerung des Reichsfinanzgesetzes...

Der Reichstag verabschiedete am Samstag zuerst ohne Ausrede in allen drei Lesungen die Verlängerung des Reichsfinanzgesetzes...

Föderalismus kann nur auf solchen Ländern mit eigener Staatlichkeit beruhen, die auch wirklich imstande sind, ihre Staatsaufgaben im Rahmen der Reichsverfassung zu erfüllen...

Reichsfinanzminister Dr. Marx

erwidert auf die Ausführungen des Vorredners zur Befugnis des Verwaltungsrats der Reichsbahn. Wenn irgendwo in einer Angelegenheit die Reichsregierung lokal vorgegangen ist...

(Lachen und Unruhe links). Diese Frage eignet sich eben nicht zur Beratung im Plenum (Lachen links). Ich habe aber die Pflicht, den unbegründeten Vorwurf zurückzuweisen...

Abg. Dietrich-Baden (Dem.): Aus dem Schweigen des Ministers v. Reudell kann man schließen, daß der Zeitungsbericht zutreffend ist. Ich hätte Herrn v. Reudell nicht eine solche Reue...

Reichsinnenminister v. Seudell

nimmt dann unter lebhafter allgemeiner Spannung das Wort. Er erklärt, daß es angesichts der großen Notlage der Landwirtschaft für notwendig gehalten habe, selbst an der Sitzung des Pommerischen Landbundes in Stettin teilzunehmen...

Abg. Drewwitz (Wirtl. Vereinigung) nimmt die Finanzpolitik des früheren Finanzministers Schlieben gegen Angriffe der Linken in Schutz. Der Redner verlangt eine wirksame Verminderung der Staatsaufgaben und Vereinfachung der Verwaltung...

Weißer Zähne: Chlorodont

Ein Urteil von Vielen: „Da ich schon mehrere Jahre zum Putzen meiner Zähne Chlorodont benutze, gestatte ich mir, Ihnen mitzuteilen, daß ich, seit ich Chlorodont verwende, schneeweiße Zähne bekommen habe.“

Die Weltanschauung Dostojewskys

In der Vortragsreihe, die der geistige Aufbau der Theater- und Bühnenwelt, die Königliche Gesellschaft, der kaufmännische Verein und die Gesellschaft für deutsche Bildung zusammen veranstalten, bildet das Referat des Schriftstellers Dr. Hans Prager...

Das stärkste Licht

Der Mensch, der sich immer wieder zur Aufgabe stellt, letzte Probleme neu zu lösen. Europäische Anschauung und asiatische Einstellung wirken beide gleich zwingend auf ihn ein.

Bahisches Landestheater

Dienstag, 24. Januar, geht die mit so großem Erfolge neuinszenierte Operette „Der Vogelbändler“ von Carl Zeller in Szene. In dieser Aufführung singt Ella Blum...

Literatur

Nationalisierung und Arbeiterschaft. Vortrag, gehalten auf der vom Kreisverband Berlin des ADGB und vom Ortsrat des ADGB...

Versteht als Rassen mußte ihn ein Problem stark beschäftigen, das die Gesamtheit zweier Kulturen berührt, in die der Russe...

Redner ausführt, er verstehe die Arbeiter und Angestellten nicht, die die Beförderung der Beamten zum Ausgang einer Tarifbewegung gemacht hätten.

Abg. Reicht (Bayer. V.) bezeichnet die gestrige und heutige Debatte als den Auftakt des bevorstehenden Wahlkampfes.

bei allen übrigen Völkern besteht. Eine Verständigung ist auch unmöglich, wenn dem deutschen Volke eine so hohe Belastung auferlegt wird, daß ihre Verzinsung und Amortisation uns in dauernde Sklaverei bringen müßte.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Feder (Nat.-Soz.), der die schärfere Besteuerung von Banken und Börse, Juden und Judenböden will, wird die Weiterberatung des Haushalts gegen 17 Uhr auf Montag 15 Uhr vertagt.

Wasserstand des Rheins

Schifferinsel 80, sef. 6; Rebl 215, sef. 8; Maxau 408, sef. 9; Mannheim 321, sef. 12 Zentimeter.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte. Gestern war es in Baden tagsüber wechselnd wolfig.

Besten Volksfreund

Residenz-Lichtspiele Waldstraße. Heute: CHANG. Der größte aller Dschungelkämpfe. Der König der Dschungeln.

Amfuge Betannmachungen Elektrotechnische Installationsfirmen. Zur Herstellung, Erweiterung oder Änderung elektrischer Einrichtungen im Anschluß an die öffentlichen Versorgungsnetze sind folgende Firmen bereit:

„Proletarischer Glaube“ Am Dienstag, 24. Januar, abends 8 Uhr, spricht im Gartenjaal des „Friedrichshof“ der Berliner sozialistische Partei.

TB4 Verein ehem. Angehöriger der Nachrichtenkompanie e. V. Karlsruhe (Baden). Wir laden unsere verehrten Mitglieder zu der am 31. Januar 1928, abends 8 Uhr, im Restaurant „Palmengarten“...

Volksbuchschule Rastatt. Dienstag, 24. Januar, abends 8 Uhr, im „Majolik“, über den Roman „Der deutsche Entwicklungsroman von Goethe bis zur Gegenwart“.

Durlacher Anzeigen. Bürgerauschussversammlung. Am 27. d. M., 18 Uhr in das Rathaus ein.

Motorbandsäge. Melsch, Kassel. Söhnenstraße 20. Über 1000 erhaltene Maß-Anzüge.

Badische Lichtspiele Konzerthaus. Samstag, 21. bis Mittwoch, 23. Januar, 20.15 Uhr. Mittwoch auch 16 Uhr. INDIEN das Land der Träume.

Badisches Landestheater. Montag, d. 22. Januar. Der Glückspilz. Ein Akt.

Tafel-Klaviere. Gute Fabrikate sehr preiswert. Auch bei Teilzahlung abzugeben. SCHLAILE Pianolager.

Colosseum. Walstr. 16. Telefon 5592. Bis 1. Febr. täglich die große Revue.

Sttlinger Anzeigen. Bürgerauschuss-Versammlung. Am 25. Januar 1928, abds. 8 Uhr in den großen Rathssaal.

Stammholz, Stangen- und Schloßraum-Verfeigerung. Die Stadtgemeinde Sttlingen verleiht am Samstag, den 28. Januar 1928, mittags 12 Uhr, im Rathaus 1570 im Richten und Sägen IV.

Frauenarbeitschule. Gewerliche Fach- u. Berufsschule mit Internat. Am 23. April 1928 beginnen sämtliche Fachkurse als Vormittagsunterricht in Handarbeiten, Maschinenbau, Kleidermachen, Schneidern...

Empfehlung! Empfehle mich in Säeiner- u. Glaserarbeiten in Neu- und Reparaturen bei prompter Bedienung u. billiger Berechnung.

Amfuge Betannmachungen. Wagner, Richard, Viktorstr. 18. Tel. 5595. Weber, Alfons, Darlanden, Federbachstr. 29. Tel. 5517. Weib, Hermann, Ober-Ingenieur, Kriegsstraße 65. Tel. 6567.

Sttlinger Anzeigen. Bürgerauschuss-Versammlung. Am 25. Januar 1928, abds. 8 Uhr in den großen Rathssaal. Tagesordnung: 1. Feststellung und Ausbringung des endgültigen...

Kälte in Amerika

Berlin, 23. Jan. (Funkdienst.) In den Vorstädten von New York...

Schwere Autounfälle

Berlin, 23. Jan. (Funkdienst.) Der Fahrer des Autos...

Der Grenzacher Eisenbahnunfall vor Gericht

Das in Vörrach tagende Schöffengericht Freiburg...

Karlsruher Polizeibericht

Ein Zusammenstoß erfolgte am vergangenen Samstag...

Schießerei

In der Nacht zum Sonntag entstand in einer Wirtshaus...

Unfall. Ein 69 Jahre alter Beamter a. D. wurde gestern...

42 Fällen Fahrräder beteiligt. Andere Fahrzeuge kamen nur in geringem Maße in Betracht...

Die Unfälle verteilten sich auf die einzelnen Quartale wie folgt: 1. Vierteljahr: 5 Unfälle mit 4 Verletzungen...

Acker

Beschwerden über das Arbeitsamt Baden-Baden

Man schreibt uns: Die Beschwerde gegen die Arbeitsämter Karlsruhe und Bruchsal...

Offenburg

Der Reichstag der Kreisbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegsernteliebenden, Ortsgruppe Offenburg

Die diesjährige Versammlung der Kreisbeschädigten...

Berufsunfälle in Baden-Baden

Die immer häufiger vorkommenden Unfälle, die der gesteigerte Kraftfahrzeugverkehr...

Kasse

Die Volkshochschule Kallstat hat ihre Vorträge fort...

(Fortsetzung siehe Seite 9)

Gerichtszeitung

Der ominöse Abtreibungsprozess

Im Mai vorigen Jahres wurden die beiden praktischen Ärzte...

Ein krasser Justizierum aus Sachsen

Das Schöffengericht in Bad Nauß bei Leipzig hat am 20. Januar...

Auto und Fahrrad auf der Landstraße

Karlsruhe, 19. Januar. Am 16. Juli vorigen Jahres...

Sartnädiger Fahrradmarder

Karlsruhe, 19. Januar. Wegen wiederholten im Rückfall...

Acht vergiftete Hunde

Karlsruhe, 19. Jan. Ein hiesiger Geschäftsmann und sein...

Aus Mittelbaden

Bruchsal

Die berufsunfälle in Bruchsal. Am morgigen Dienstag...

Aus dem Rittal

Musikverein Ettlingen. Die diesjährige Faschingsveranstaltung...

Baden-Baden

Berufsunfälle in Baden-Baden

Die immer häufiger vorkommenden Unfälle, die der gesteigerte Kraftfahrzeugverkehr...

Im Jahre 1927 ereigneten sich in Baden-Baden 102 amtlich festgestellte Berufsunfälle...

Der Einheitsstaat und die politische Lage

Vertrauensmänner- und Funktionärversammlung

Zwei Themen waren es, mit denen sich die gestern im Volkshaus abgehaltene Versammlung zu befassen hatte: Die Einheitsstaatsfrage und die politische Lage. Zahlreich sind die Vertrauensmänner der Partei und die Funktionäre der Gewerkschaften und Vereine der Einheitsstaatsfrage, jedoch der geräumige Saal fast bis auf den letzten Platz besetzt war. Als erster Redner sprach Staatspräsident Gen. Dr. Kemmle über die Einheitsstaatsfrage in ebenso instruktiver wie lehrreicher Weise. Seine Ausführungen waren als Ergänzung seines Vortrages vom 7. Dezember über diese Frage zu werten unter Berücksichtigung der inzwischen abgehaltenen Länderkonferenz, durch deren Standpunkt der in der Parteipresse zum Teil abgelehnte wurde, gute Gründe vorgebracht. Jedenfalls hat er als Politiker, der das Problem bis auf den Grund hindurchdenkt, gezeigt, daß die Frage doch nicht so einfach liegt, daß man sie schon heute mit einer schematischen Doktrin lösen könnte. Mit großem Interesse folgte die Versammlung den Ausführungen des Redners, nicht minder aber auch dem Vortrag des zweiten Redners, des Reichstagsabgeordneten Genossen Schöpflin, der extra aus Berlin gekommen war, um die Versammlung über die politische Lage zu unterrichten. Er tat das in gehobener vorzüglicher Weise. Von einer Diskussion wurde abgesehen, jedoch der Vorlesende Gen. Kossbach die Versammlung um 12 Uhr schließen konnte.

Als erster Redner ergriß

Minister Dr. Kemmle

das Wort zu dem Thema „Einheitsstaat und Länderkonferenz“. Der Redner führte etwa folgendes aus:

Nun stehen wir mitten in der theoretischen Auseinandersetzung über den Einheitsstaat. Bei meinem Vortrag vor Ihnen am 7. Dezember letzten Jahres schloß ich mit dem Bekenntnis zu einer Zwischenlösung: Preußen solle seinen Provinzen höhere Autonomie geben. Die dann nach der Reichstagswahl folgende Reichsregierung übernahm, in welcher sich neben anderen jeweils von Preußen gestellte Minister befinden. Im alten Reich bestand ja auch ein Dualismus zwischen dem Reich und Preußen, der durch eine Personalunion in der Regierung behoben wurde. Souveränität und Verwaltungszuständigkeiten der süddeutschen Länder seien entsprechend der Entwicklung der Reichsregierung zu vereinigen, wodurch sich eine Annäherung der Souveränität und Verwaltungszuständigkeit mit den norddeutschen Ländern ergebe. Ein regionaler Aufbau des anstehenden Einheitsstaates schwebte mir dabei vor und meine Auffassung, daß wir es somit vor allen Dingen mit einem preussischen Problem zu tun haben, hat sich in den letzten Wochen nur noch vertieft. Die totale Zerstückelung Preußens und die Auflösung dieses Landes in völlig selbständige Länder birgt eine große Gefahr in sich; auch schließt sie die Gefahr der Ausgestaltung des Einflusses der Sozialdemokratie auf die Verwaltung Preußens, wie überhaupt auf die Verwaltung der Länder. Reichstagsabgeordneter Erich Koch, der Führer der demokratischen Partei, unter den Reichstagsabgeordneten wohl der ausgesprochenste Antiföderalist, hat hierüber in seinem neuen Buch „Einheitsstaat und Selbstverwaltung“, der Bestand Preußens, wie ein Einheitsstaat und seine Auflösung, zentralistisch. 1919 habe die Zerstückelung Preußens zur Förderung gestanden. Mitterweile müßte man zugeben, daß es damals, wie die Geschichte aufweist, ein Fehler war, diese Forderung zu stellen. Es sei ein Glück gewesen, daß die Deutsche Republik in diesen Jahren ein kraftvolles Preußen gehabt habe. Auch für die nächste Zukunft steht es so, daß die Sozialdemokratische Partei nur zeitweise der Reichsregierung angehört. Ich wies dann noch in meinem Vortrag darauf hin, es sei eine Forderung unserer Zeit, daß die plan- und sinnlose Entwicklung zum bürokratischen Zentralstaat Deutschland, in welcher wir uns zurzeit befinden, abgebrochen wird.

Die Mannheimer Volksstimme lebte diese meine Gedanken ab; ich gehöre nicht ganz zu den Föderalisten, meinte sie. „Nicht im Rahmen der Länder, sondern über sie hinweg komme der Einheitsstaat“, fügte sie hinzu. Nun, wir werden so leben, ob sich so die eminenten Schwierigkeiten des Problems überwinden lassen und ob die rechtliche Entwicklung des deutschen Verfassungslebens hierbei außer Betracht bleiben kann. Ein parteiübergreifender Freund schrieb mir im Anschluß an meinen ersten Vortrag, die bisherige Gliederung des Reiches sei ein Produkt der preussischen Gewaltpolitik von ebenem. Diese Gewaltpolitik sei auf halbem Wege stehen geblieben. Wäre diese ganz durchgeführt worden, so würden die Schwierigkeiten jetzt leichter zu überwinden sein. So wie die Dinge heute liegen, ist Deutschland krank an Preußen, und Preußen krank an seinen Eroberungen von 1847/66. Ohne diese Eroberungen würde der Zusammenschluß der mittel- und norddeutschen Kleinstaaten des Reiches viel leichter sein. Jeder Weg über Preußen zum Reich ist unsanft. Wir brauchen eine Gliederung des Reiches in einer geringen Anzahl von Stammesstaaten, die möglichst zugleich Wirtschaftsprovinzen sein müssen und eine scharfe Teilung der Kompetenzen zwischen Reich und Gliedstaaten.

Die Literatur der jüngsten Wochen über dieses Problem weist immer wieder auf dessen Kompliziertheit hin. In der Ablehnung des bürokratischen Zentralismus des Reiches herrscht Einmütigkeit, auch in der Zurückweisung des in Bayern bodenständigen Partikularismus. Keine Klärung der Meinung aber besteht in der Frage, ob das unitarische Reich überhaupt ausweg gebracht werden soll. Hierin geht der Riß durch alle Parteien. Höfer-Aischoff will ein dezentralisiertes Preußen als Reichsland und die süddeutschen Staaten bis auf weiteres in ihrer alten Form erhalten. Also eine neue Mainlinie, ähnlich wie zur Zeit des norddeutschen Bundevereins. Ministerialdirektor Dr. Ritterer möchte die Stadt Berlin reichsunmittelbar erklärt haben. In Frankfurt a. M. spielen politische Kreise mit dem Gedanken, Nassau, Hessen und Unterbaden bis gegen Bruchsal hin zu einem Südwestdeutschland mit der Hauptstadt Frankfurt zu vereinigen. Wer schon soweit ist in seinen Gedanken mit der Einteilung der neuen Reichslande, der muß natürlich den Ausgang der Länderkonferenz als eine große Weite bezeichnen. Anders denkt, wer die föderalistischen und die unitarischen Kräfte richtig einschätzen weiß und wer die Neuordnung der Dinge auf dem verfassungsmäßigen Boden vollziehen wissen will.

Die Konferenz der Länderregierungen

war auf Anregung unitarisch orientierter Länderminister einberufen worden, welche sich von ihr eine Verständigung über die Neuverteilung der Kompetenzen für Reich und Länder erhofften. Wie Ministerpräsident Braun auf der Konferenz zum Ausdruck brachte, ist man bei der neuen Reichsverfassung auf die Treue, die zum Einheitsstaat führt, hinauf gestiegen; jetzt ließe man mitten auf derselben ohne zu wissen, was nun weiter werden soll. Die Föderalisten wollten die Stiege wieder hinunter, die Antiföderalisten dieselbe ganz hinauf. Der Umstand, daß die Reichsregierung zur Beilegung dieser Materie die Konferenz einberief, daß sie neben Föderalisten auch Unitaristen zu Konferenzen bestellte, daß sie sich aber andererseits über ihre eigenen Absichten völlig ausschloß, und der weitere Umstand, daß die Reichsregierung die Weiterberatung über die zukünftige Reichsgliederung in einer Sachver-

ständigen-Kommission mit starker Beteiligung der Wirtschaftskapitale im Auge hatte, ohne es anzusprechen, erregte bei den Vertretern von Bayern und Württemberg ein lebhaftes Mißtrauen. Es sieht aus, als ob man in Bayern heute der Reichsregierung noch viel weniger vertraut, als den früheren Regierungen. Man fürchtet wohl in der Feststellung des tatsächlichen Zustandes der nun einmal zwischen Reich und Ländern vorhandenen Differenzen und in der Schaffung von Vorschlägen zur Beseitigung derselben, eine Beeinträchtigung der föderalistischen Kräfte, eine Vorbereitung zur Schaffung des unitarischen Einheitsstaates. Diese Einstellung fand auf der Konferenz dadurch eine Verstärkung, indem auch die unitarisch orientierten Ländervertreter nicht dafür zu haben waren, daß etwa der von dem Reichsanwalt a. D. Lührer geleitete Bund zur Erneuerung des Reiches, oder die Farben A. G. und der Industriellen Tag, in dem Anschluß den Ausschlag geben würden. Die von der Wirtschaft vertretene Nationalisierungstheorie läßt sich auch in der Tat nicht so ohne weiteres auf die öffentliche Verwaltung anwenden. Bei der Industrie geht es um die Einschränkung des Selbstverwaltungsrechtes der Länder und der Gemeinden, geht es um eine Rückführung der gemeindlichen und staatlichen Produktionsbetriebe in die Hände der Privatwirtschaft.

Die aussprochenden Föderalisten hätten am liebsten eine Sachverständigen-Kommission von fünf Länderregierungen gehabt, wodurch am ehesten eine Sicherung eines Willensentwerfes zum unitarischen Staat gegeben gewesen wäre. Aus letzterem Grunde gab es auch eine lange Unterhaltung darüber, ob die Kommission der Sachverständigen die Lösung des Gesamtproblems durch Gutachten vorbereiten solle, oder ihr lediglich die Aufgabe einer doktrinarischen Unterhaltung zustehe, worüber später eine Ministerkonferenz ohne Antragsstellung zu berichten wäre. Es kam schließlich eine Einigung dahin zustande, daß die im Verfassungsausschuß des Reichsrates vertretenen Länder neun Vertreter und die Reichsregierung ebenfalls neun Vertreter entsenden. Von letzteren neun Seiten will die Reichsregierung etwa 4 an Rechtsgelehrte und Vertreter der Wirtschaft abgeben. Der Ausschuß hat dann noch die Möglichkeit mit Zweidrittelmehrheit weitere Vertreter des politischen und wirtschaftlichen Lebens auszuwählen.

In der Reichsregierung scheinen zu dieser Frage zwei Richtungen vertreten zu sein, die eine, welche unter Führung von Minister Curtius dem Willen der Wirtschaftskräfte Vorschlag leistet, und die andere, geführt von dem Minister Reudell, welche den Föderalisten die Stange hält.

Noch eine andere Beobachtung gibt über das verhältnismäßig geringe Ergebnis der Konferenz Aufschluß und das ist die, daß die Reichsregierung Entschlüsse der Konferenz gegen den Willen von Bayern und Württemberg, um gerecht zu sein, muß auch geübt werden, gegen den Willen von Preußen, nicht zuläßt. Das ängstliche Bemühen der Reichsregierung, die Vertreter der genannten zwei süddeutschen Länder durch nicht nach jeder Richtung hin genau überlegte Bemerkungen zu verlegen, schaffen mitunter geradezu groteske Situationen.

Einigkeit bestand eigentlich nur darüber, daß von allen Seiten der

unbefriedigende Zustand der Beziehungen zwischen Reich und Ländern

wie sie in der Weimarer Verfassung vorgezeichnet sind, eine Reform dringend notwendig ist. Deswegen erfolgte schließlich auch nach langem Streit die Einsetzung des verfassungsmäßigen Ausschusses und eines Finanzausschusses, in welchem letzterem Grundfragen für die Aufrichtung von Betrieben für die Finanzminister geklärt werden sollen.

Wie schwer letzten Endes auf einer Konferenz von Regierungsvertretern der Länder eine einmütige Kundgebung zu erzielen ist, dafür mag eine weitere Beobachtung ein Beispiel sein. Die Herren Dr. Held und Dr. Bazille konnten zur Einleitung ihrer Referate erklären, sie sprechen namens ihrer Regierungen, während die übrigen Referenten und Diskussionsredner jeweils nur für ihre Person zu sprechen im Stande waren. Ein Uebelbild über die parteipolitische Zusammenfassung der Regierungskoalition in den Ländern gibt hierzu den Aufschluß. In den Regierungen aller Länder — eben mit Ausnahme von Bayern und Württemberg — herrscht keine einheitlich geschlossene Meinungsbildung, weder über das Ziel der notwendig gewordenen Reformbewegung, noch über die Wege, die zu gehen sind. Nicht einmal über die viel einfacher liegende Frage einer Verwaltungsreform innerhalb der Länder konnte es bisher zu einer einflussreichen Majoritätsaktion kommen. In allen Ländern bleibt die Verwaltungsreform stehen, weil die Bevölkerung für eine solche Reform nur solange ist, als ihr Heimatsort von der Aufhebung von Behörden nicht betroffen wird.

Der erste Tag der Konferenz beschäftigte sich mit Referaten über

das staatsrechtliche Verhältnis zwischen Reich und Ländern

wohl bemerkt, nicht über die Frage, wie jetzt schon der Einheitsstaat aufzurichten wäre. Es handelt gegen den Dominanten Bürgermeister Berlin und den preussischen Ministerpräsidenten Braun die Ministerpräsidenten von Württemberg und Bayern. Allein selbst der Hamburger Petitioner vertritt jede Wiederholung des Reiches, die nicht dem Volkswohlwille Rechnung tragen würde und die den Charakter einer Gemischtform hätte. Er hält keine Lösung für möglich, die Preußens Bestand nicht solange garantiert, bis ein neugegliedertes Einheitsreich mit starker Reichsacht geschaffen ist. Zur Erreichung dieses Zieles denkt er sich eine Verfassung, die den Ländern und weiterhin eine Einwirkung auf die Reichswillensbildung gewährleistet. Zu diesem Zweck befristet er den Aufbau lebendiger unitarischer und mittlerer Selbstverwaltungsformen unter Vertiefung des Instanzenwegs zur Zentralregierung. Die Untergliederung des Reiches erfolgt erst in Gebilden, die kulturell und wirtschaftlich voll lebensfähig sind und im Rahmen des Reiches ihr Eigenleben führen. Mit anderen Worten, eine Reform der gemeindlichen Selbstverwaltung und der Länder-Selbstverwaltung hält er für erforderlich, wobei in den Ländern die noch a. Z. bestehenden Parlamente und Regierungen eine Einschränkung erfahren.

Der württembergische Ministerpräsident hat keine Verteidigung für den Föderalismus stark auf geworden. Geheime abgelehnt und daraus schlussfolgernd gemeint, nicht nur die deutsche Nation, ganz Europa läge in Brand geraten, wenn den deutschen Ländern ihre Selbstrechte genommen werden.

Ohne auf das Für und Wider dieser Frage weiter einzugehen, beschäftigte sich der Genosse Kemmle schließlich mit dem Endergebnis der Konferenz, von welchem er bemerkte, daß von letzterem nach Bane der einschlägigen Sachumstände etwas anderes kaum erwartet werden konnte. Als gegenwärtiges Ziel hält er nur die verfassungsmäßigen und verfassungsrechtlichen Vorarbeiten für erfolgreich, die eine einfach geordnete und billige Arbeit des Behördenapparates, der Parlamente und der Selbstverwaltungsformen bringen. Diese Reform ist in erster Linie Sache der Länder; sie ist aber auch eine Aufgabe des Reiches, denn ohne sie läßt sich kaum ein neuer, anders gearteter Finanzausgleich denken. Die finanziell leistungsstärkeren Länder werden es auf die Dauer absehen, ihre Steuererträge durch das Reich an Länder verteilt zu wissen. Die einen auszufüllen oder überalterten Verwaltungsapparate unterhalten. Es ist auch die Reform einer

Rechtsanleiheung der Ländergesetzgebung und der Steuererlese höchst spruchreif, von der auffallender Weise Bayern auch nichts wissen will. Diese Reformarbeiten bringen aber zunächst nur eine Zwischenlösung, sie fördern aber die Bestrebungen für ein einheits-

liches Staatswesen im Reich, sie bereinigen die verworrenen Zustände zwischen Reich und Ländern und schaffen so die Basis für unteren und höheren Selbstverwaltung eine neue und klarere.

Ich schließe meine Ausführungen mit dem Hinweis auf die ehemaligen Reichsminister des Innern, Dr. Koch, der in dem Buch „Einheitsstaat und Selbstverwaltung“ als Hauptstütze der Verhandlungsphase, der zum Einheitsstaat führt, folgende wohnt:

1. eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern nach dem Grundfasse, daß die Entscheidung der Fragen des deutschen Volkes dem Reiche gebührt, alle anderen geben aber im weitesten Umfange an Länder und Gemeinden ausgeben sind.

2. eine Ausstattung der Reichsregierung mit dem Rechten der Ausführung der Reichsgesetze durch Länder und Gemeinden zu beeinflussen und zu kontrollieren.

3. eine Vereinheitlichung (nicht Verreichlichung) des Verwaltungsbereiches, die Einführung einer einheitlichen Kreis- und Gemeindeordnung, einer Verwaltungsgerichtsbarkeit und der Ausbau der Selbstverwaltung.

4. eine vernünftige regionale Gliederung, die es den Behörden erst gestattet, an leistungsfähige aber nicht übermäßig große Verwaltungseinheiten (Länder) zu dezentralisieren. Aus dieser Lage ergibt sich meine Erkenntnis, wie schwer es werden wird, den föderalistischen und unitarischen Kräften zu finden, was vor allem, daß eine Karte und einige Reichsregierungen die übermäßig und daß die politischen Parteien und Wirtschaftskräfte zu einer Klärung ihrer Meinung zu diesem Problem kommen. Die Versammlung dankte mit lebhaftem Beifall dem Redner für seine aufklärenden Darlegungen.

Reichstagsabgeordneter Gen. Schöpflin

trifft als zweiter Redner über die politische Lage. Ausführungen galten mehr der Information im vertrauten wie der breiten Öffentlichkeit. Er zeichnete eine ganze Bilder von den Strömungen und Kräften, die uns heute bewegen, berrichten bzw. nach allen Richtungen auseinanderzerrt, gehend erstattet er Bericht über die Vorgänge der letzten Reichstags- und im Kabinett, um hieran eine Prognose für die kommende Wahljahr 1928 zu knüpfen. Das eine, so betonte am Schluß seiner Ausführungen, ist jedenfalls sicher, daß ein sogenanntes Kabinett nicht mehr lange vorhalten werde. Ende Mai, spätestens Anfang Juni Reichstagswahlen haben das wird dieses Mal mit einer nie dagewesenen Propaganda des Sozialdemokratie zu rechnen haben. Wie diese Wahlen dabei ausfallen werden, ist schwer zu sagen, wenn auch mit dem bestmöglichen Nachsicht zu rechnen ist. Er, so fällt er in eine schicksalsschwere Zeitperiode. Das Reich 1928 wird daher eine Weltbedeutung haben wie keines zuvor, es wird in enger Verbindung mit den Wahlen in Frankreich England steht. Tritt demnach die Bürgerbedrohung ein, muß jede neue Regierung die Konsummasse übernehmen. Reichsfinanzminister Dr. Köhler will, wie er behauptet, neue Steuern machen können. Wie solches aber praktisch werden soll, wenn sich Ende des Jahres mal die Reparationsdemagogen auswirken, dürfte nicht ohne weiteres jedermann bereitwillig sein. Über man durchschau die Finanzpolitik des Bürgerblocks will die vorhandenen auszunutzen, damit die Sozialdemokratie die neuen Steuern soll. Es wird diesmal für den Arbeiter alles auf dem stehen, denn die Sozialreaktionäre stehen bereit, das Gerede an sich zu reihen. Rüstet daher und seid auf dem besten (Beif. Beif.)

Genossenschaftsbewegung

Die Konsumgenossenschaftliche Rückvergütung

Die Rückvergütung der Mitglieder der Konsumvereine der Betrag ihres erzielten Umlages ist die Einführung der genossenschaftlichen Bedarfsversorgung. Die kann kein primäres Bedürfnis durch sogenannte Rabatte, Quoten oder dergleichen nachmachen. Die Konsumvereine sind nur zum besten ihrer Mitglieder da; was bei ihrer Tätigkeit erübrigt wird, gehört ihnen, die an der Bedarfsversorgung beteiligt waren. Der genossenschaftliche macht bei seiner Bedarfsdeckung anderen, als sich selbst eine Gewinne, jedoch erparit das, was die „Kunde Privatbändler diesen als Gewerbetreibend und Post austrage Teil des genossenschaftlich Erparierten ist die Rückvergütung. Ein Kapitalertrag, kein Gewinn auf Kosten anderer und vor dem Zugriff der Steuerämter geschützt. Jedoch müßte es erstritten werden. Der Reichsanwalt hat in einer Mitteilung die einige Feststellungen getroffen, welche die Einmütigkeit der genossenschaftlichen Rückvergütung ziemlich deutlich hervorzuweisen. Es wird gesagt, daß durch die Konsumgenossenschaftliche Warenvermittlung Erparnisse für die Mitglieder erzielt werden, die kein steuerpflichtiger Kapitalertrag sind und sein können, ausbehalten ist allerdings, daß die Konsumvereine nur für die Bedarfsdeckung ihrer Mitglieder da sind, sie also nicht genossenschaftlichen Grundbesitz, wenn die organisierten Verbraucher nur ihre Angelegenheiten versehen. Die Rückvergütung ist kein Ergebnis der Konsumvereinsmitglieder durch eigene Bedarfsversorgung; sie ist kein Zins, sie ist kein Kapitalertrag, lediglich ein Teil des Betrages, den die genossenschaftliche Konsumvereine von den Ausbeuten für ihre Lebenshaltung erübrigt im Vergleich zu jenen, die ihr Geld zum Händler tragen und nichts erübrigen.

373 Millionen Mark Jahresumsatz der GGG

Der Gesamtumsatz der Großhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. B. H. betrug im Jahre 1927 373 041 885,29 Mark, im Jahre 1926 294 173 971,27 Mark. Mehrumsatz 1927 78 867 914,02 Mark, gleich 26,81 Prozent.

Der Wert der in den eigenen Betrieben hergestellten Waren betrug im Jahre 1927 63 137 490,42 Mark, im Jahre 1926 45 678 729,29 Mark. Mehrumsatz 1927 17 461 710,50 Mark, gleich 38,23 Prozent.

Die seit 1924 einsetzende Aufwärtsbewegung der Konsumgenossenschaftsbewegung kommt auch in den Steigerungen der Umsätze der GGG zum deutlichen Ausdruck; hierfür folgende Verhältnisse:

Jahr	Gesamtumsatz	Eigenproduktion
1913	154 047 316 Mark	10 111 037 Mark
1924	168 468 278 Mark	28 298 325 Mark
1925	228 169 471 Mark	35 399 889 Mark
1926	294 173 971 Mark	45 678 729 Mark
1927	373 041 885 Mark	63 137 490 Mark

Zahl der in den GGG-Betrieben Beschäftigten: Ende 1919 2019 Personen, Ende 1924 3598, Ende 1927 4327, Ende 1928 4698, Ende 1927 4698.

Besonders erfreulich ist die Steigerung der Eigenproduktion, die am deutlichsten aus der Vermehrung des Personalbestandes hervorgeht.



SINGER-NÄHMASCHINEN

Erleichterte Zahlungsbedingungen
Nadeln, Oel, Garne, Reparaturen
KARLSRUHE
Kaiserstraße 205 · Werderplatz 42

LEIPHEIMER & MENDE

Das Spezialgeschäft für
Herren- und Damenstoffe
Wäsche-
und Haushaltungsstoffe

GESCHW. KNOPF

DAS GROSSE MODERNE
WARENHAUS
führt in seinen zahlreichen Abtei-
lungen sämtliche Bedarfs-Artikel
in nur guten Qualitäten zu den
billigsten Preisen

Möbelhaus **Karl Epple**

Karlsruhe i. B.
Steinstraße 6
Gegr. 1896

Einzelmöbel sowie ganze Ein-
richtungen gut und preiswert
Günstige Zahlungsbedingungen

K. GÖSSEL

KARLSRUHE
Kriegsstrasse 97

Baumaterialien

Telephon 6938
und 6939

Fotohaus H. HUGEL

Karlsruhe
Schützenstr. 12, Tel. 2663

Liefert Foto-Apparate und sämtliche Zubehöre
Gewissenhafte Ausführung sämtl. Foto-Arbeiten
Angenehme Zahlungsbedingungen!

Gut und billig kaufen Sie Ihre
Damenhüte
bei
Geschwister Gutmann



Diamant-
Motorräder-
Fahrräder
Phönix- und Junker & Ruh-Nähmaschinen
kaufen Sie mit bequemer Teilzahlung vorteilhaft bei
F. Werner * Malsch Hauptstr. 211
Telephon 34

Schmücke Dein Heim durch HANDARBEITEN

Kaufe im Spezialhaus
Rudolf Wieser jr.
Ludwigsplatz

K.H. Wimpheimer
Malzfabrik
Karlsruhe i. B.
Fernsprecher 6272 u. 6273
Malzkaffee
„Schwarzwaldmädel“

Dürr & Göckler
Installationsgeschäft und
Blecherei
Karlsruhe-Mühlbg.
Gilmmerstraße Nr. 10
Telephon 2811
Gas-
wasser- und sanitäre Anlagen,
Baden, Klosetts, Baubüchsen etc.

Bernicklungen
von Fahrradreifen und
Bechlägen aller Art.
• Dermessingen, Verkupfern
Verfilbern
• Ruffrisieren von Lampen
und Beleuchtungshörnern
M. Ettwein, Offenburg
Rajzerne 15, Telefon 1110

BRAUEREI WAGNER

OFFENBURG (BAD.)

Karl Hugenschmidt
Baumaterialien und Kohlen-
lager **Gerwigstrasse Nr. 1**
• Cement
• Kalk
• Gips
• Steinzeugröhren
etc. sowie sämtliche
Brennmaterialien
Büro Karlstraße 29a, Tel. 4636

Wir sind Gas!
schon jetzt billig!
Ausführungen kompl. Anlagen
für Gas und Elektrizität
**Gas- u. Elektrizitätswerk
Malsch, Amt Ettlingen**
Gasfernversorg. Durmersheim

Waldemar Kuttner EISENHANDLUNGEN

Stabeisen · Eisenkurzwaren · Werkzeuge · Landwirtschaftliche
Artikel · Drahtgeflechte · Gas- und Wasserleitungs Artikel
Dachpappen · Sämtliche Haushaltungs-Artikel
Durlach Pforzheim
Blumenstr. 15 · Telefon 47 Deimlingstr. 4 · Teleph. 2920

Gebr. Jäck Brückle-Sägmühle POST MARKZELL

Wir empfehlen uns zur Lie-
ferung von Bauholz, Brettern
Latten u. Blockwaren aller
Art bei schneller Bedienung

Kohlenhandels-gesellschaft
Carl August Nieten & Co.
lieferhalle Sorten
Kohlen Koks Briketts Brennholz
in bester Ware
Kaiserstraße 148 II
Fernsprecher 5164, 5165 und 5506



B. Borgwardt & Co.
Karlsruhe, Poststr. 12
gegenüber der Bahnpost
Billiges Einkaufshaus
für Herren-, Jünglings-
und Knabenbekleidung

**Qualitäts-
Möbel**
aller Art kaufen
Sie vorteilhaft im
Möbellager Husser Karlsruhe
am Stadtgarten Nr. 3

Dampf-Waschanstalt C. Bardusch

Karlsruhe:
Kreuzstr. 7, Tel. 2101 / Yorkstr. 17 / Rintheimer-
straße 16; Schützenstraße 91; Erbprinzenstr. 53
Ettlingen:
Telefon 61.
ff. Herrenstärkwäsche, Leib- u. Haushaltungswäsche
Pfundwäsche. — Kostenlose Abholung u. Zustellung

Gritzner
Nähmaschinen
Fahrräder
mit „Gritzner-Freilaufnabe“
• Bestes deutsches Erzeugnis
Maschinenfabrik Gritzner
A. S. Durlach

Gesunde Ernährung und vernünftige Kleidung
ergibt Gesundheit u. Leistungsfähigkeit. Beides
aber ist das notwendige Gut der schaffenden Menschen
Sie erhalten:
Gesundheitl. Nahrung für Haus, Wandern und Sport,
ferner vernünftige Bekleidung wie **Schuhwaren** aller Art
für Straße und Sport, **Wäsche, Korsett-Ersatz** und alle
anderen Damenartikel. — Artikel zur **Hauptpflege** etc. im
Reformhaus Neubert, Karlstr. 29a
Alles nur Qualitätsware, preiswert

A. Hanauer / Mineralwasser-Fabrik
Tel. 2704 **KARLSRUHE** Goethestr. 29
empfiehlt Innauer Apollo-Sprudel, ärztlich bestätigtes Hell- und
Fafelwasser — Bad Dürreimer und Bad Rappenauer Mineral-
wasser sowie sämtliche Sorten von Limonaden

Schlafzimmer
Küchen
Speisezimmer

bei **Emil
Schweitzer**
Karlsruhe-Mühlburg
Lameystraße Nr. 51
Schweitzermöbel
Kein Laden

Spare! Rudolf Ruf

**Städt. Sparkasse
Gaggenau**
Verwaltung von Spar- und
Giroeinlagen / Darlehen auf
gesich. Grundlage, zu gün-
stigsten Bedingungen / Be-
ratung in allen einschlägigen
Fragen erfolgt kostenlos an
unseren Schaltern

Türen- und Fenster-
fabrik
Holzbearbeitung
*
KARLSRUHE I. Bd.
Rappurstr. Nr. 25
Telephon 2276

BEI DEN FIRMEN DIE IN UNSERER PRESSE INSERIEREN

BEI DEN FIRMEN DIE IN UNSERER PRESSE INSERIEREN